

Das Wochenmagazin der SPÖ spoe.at



Aktuelle

3. Juni 2009 • Nr. 23 • 0,73 €

Gastkommentar zur EU-Wahl
von PSE-Fraktionschef Martin Schulz



EU-Wahl 2009 am 7. Juni:

**Für ein Europa der
ArbeitnehmerInnen und
nicht der Lobbyisten**

Der Wahlkampf zur EU-Wahl geht in die letzte Phase, am Abend des 7. Juni wird man wissen, in welche Richtung sich Europa entwickelt. Es geht darum, ob die EU sozialer wird, oder ob die Konservativen im Europäischen Parlament weiterhin die Oberhand behalten und eine Politik betreiben, die den Markt vor den Menschen stellt.

In dieser Ausgabe werden wir daher noch einmal die wesentlichen Schwerpunkte und Inhalte, für die „Das A-Team für Europa“ steht, darstellen. Die SPÖ wird sich in Österreich und im Europäischen Parlament auf jeden Fall auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass der Kampf um jeden Arbeitsplatz, gegen die Jugendarbeitslosigkeit und für sichere Pensionen und ein gerechtes Finanzsystem auf allen Ebenen entschieden geführt wird.

In der letzten Woche vor dem Wahlsonntag werden alle den Zielen der SPÖ nahestehende Personen gebeten, bei einer Mobilisierungsaktion mitzumachen, die dazu dient, möglichst viele Menschen zu motivieren, wählen zu gehen. Denn: Nur wer wählen geht, hat die Chance, Europa zu verändern und dazu beizutragen, dass die EU zu einer Sozialunion wird.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

SPÖ will eine andere EU	4
Lobbying-Maschine Strasser	6
Soziale Sicherheit hat Vorrang	8
Skandal um Dritten NR-Präsident ...	11
Gastkommentar von PES-Fraktionsvorsitzenden Martin Schulz	14

„3.000 Schritte mehr pro Tag“

Gesundheitsminister Alois Stöger möchte die ÖsterreicherInnen zu mehr Bewegung animieren. Anlass ist der aktuelle Ernährungsbericht: Demnach erreichen nur jeder 2. Mann und jede 5. Frau das von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfohlene Bewegungspensum. Stöger hat daher gemeinsam mit dem „Fonds Gesundes Österreich“ die Initiative „3.000 Schritte mehr pro Tag“ ins Leben gerufen. Damit soll dem zunehmenden Übergewicht und dem in der Folge erhöhten Risiko für Herz-Kreislaufkrank-

kungen präventiv begegnet werden. Positiver Aspekt dieser Initiative: „Sie kostet nichts und bringt viel“, so Stöger. ♦



Gesundheitsminister Alois Stöger



BMASK

Konsumentenschutzminister Rudolf Hundstorfer

Gruppenklage soll Sammelklage ersetzen

Die Sammelklage ist zwar ein gutes Instrument zur Abwicklung von Massenschäden, jedoch gibt es im praktischen Umgang Probleme. Konsumentenschutzminister Rudolf Hundstorfer will die Sammelklage daher zu einer Gruppenklage weiterentwickeln. Diese wäre effizienter, würde Kosten sparen und mehr Rechtsicherheit für KlägerInnen und Beklagte schaffen. Vorteil wird unter anderem sein, dass zu einem Fall nur mehr eine Gruppenklage eingebracht werden kann, anstatt mehrere Sammelklagen nebeneinander. Zustimmung erhält der Minister vom Verein für Konsumentenschutzinformation (VKI). ♦



Meinungsforum: Kann eine WählerInnen-Stimme bei der EU-Wahl etwas Positives bewirken?

Eine konservative Mehrheit in Europa ist maßgeblich für die größte Wirtschaftskrise seit den 30er Jahren verantwortlich. Nun geht es am 7. Juni bei den Wahlen zum Europäischen Parlament darum, dieser Politik die rote Karte zu zeigen.

Glauben Sie, dass Sie mit ihrer Stimme einen Beitrag leisten können, dass Europa sozialer wird?

Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Euro, 2008

Luxemburg	77.200
Dänemark	43.100
Irland	42.000
Österreich	33.800
EU-Durchschnitt	25.100

Quelle: Eurostat, Statistik Austria | Grafik: SPÖ

Hohes Pro-Kopf-BIP in Österreich

Österreich lag 2008 bei den Pro-Kopf-Einkommen im EU-Vergleich im oberen Drittel. Mit 33.800 Euro Pro-Kopf-BIP reiht sich die Republik auf Platz sieben ein. Das höchste BIP verzeichnete Luxemburg mit 77.200 Euro, vor Dänemark mit 43.100 Euro. Der EU-Durchschnitt beträgt knapp 25.100 Euro. ♦

Zitat der Woche

„Graf ist ein Wiederholungstäter – er beschädigt nicht nur ständig sein hohes Amt, sondern vergiftet gemeinsam mit Parteichef Strache und seinen Mannen das politische Klima in Österreich.“

SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas



Rigaud

Infrastrukturmministerin Doris Bures

Klima- und Energiefonds startet durch

Der Klima- und Energiefonds wird neu strukturiert. Statt bisher vier Ministerien werden nur mehr zwei Ministerien, nämlich das Umwelt- und das Technologieressort, für den Fonds verantwortlich sein. „Diese Strukturoptimierung garantiert, dass das Fördergeld schneller beim Förderkunden ankommt. Das ist besonders in Krisenzeiten wichtig“, so Infrastrukturministerin Doris Bures. Mit einer gezielten Schwerpunktsetzung können zudem größere Umwelt- und Klimaschutzeffekte erzielt werden. Ziel ist es, den Klimafonds zur „Speer Spitze für effektive Klimapolitik“ zu machen, betonte Bures. ♦



STANDPUNKT

7. Juni – Es geht um unsere Zukunft

Die Wahlen zum EU-Parlament am kommenden Sonntag sind in jeder Beziehung eine Richtungsentscheidung. Gerade die rechte Hetze der vergangenen Wochen hat dies deutlich gemacht. Jede Stimme zählt.

Am kommenden Sonntag treffen wir eine der grundlegendsten Entscheidungen für unsere Zukunft. Wir alle entscheiden darüber, wie Europa in den nächsten fünf Jahren gestaltet werden soll.

Es ist kein Geheimnis, dass in der EU in der Vergangenheit einiges schief gelaufen ist. Europa war in erster Linie ein Europa des Marktes und nicht der Menschen. Dem Prinzip des Neoliberalismus – Profitgier, Gewinnmaximierung, Casino-Kapitalismus – war Tür und Tor geöffnet. Die Verantwortlichen erwiesen sich zu schwach, um diesem Treiben, das letztendlich in die heutige Krise geführt hat, entschlossen Einhalt zu gebieten. Brüssel war Tummelplatz der Lobbyisten des Großkapitals. Dagegen treten wir an. Wir wollen ein Europa der Menschen und nicht des Marktes. Wir wollen ein Europa, in dem die Entscheidungen nicht hinter verschlossenen Türen gefällt werden. Ein Europa, das sich tatsächlich um die Sorgen und Bedürfnisse der Menschen in Europa kümmert und in dem der Kampf um jeden Arbeitsplatz an erster Stelle steht. Die Sozialdemokratie steht als einzige Partei auf der Seite der arbeitenden Menschen. Deshalb muss die neoliberale Mehrheit der Konservativen im Europäischen Parlament gebrochen werden.

Das Europa, über das am Sonntag entschieden wird, muss auch ein Europa der Ju-

gend sein. Wir können und werden es nicht hinnehmen, dass die Jugend Europas keine Perspektiven mehr geboten bekommt. Darum auch hier: Jede/r Jugendliche von Portugal bis ins Baltikum, von Schweden bis Griechenland muss die Chance auf einen Ausbildungsplatz und einen Job haben. Die Chancen, die uns Europa bietet, nützen den Jugendlichen absolut nichts, wenn sie es sich nicht leisten können, daran teilzuhaben. Wir gestalten ein soziales, gerechtes und fai-



Das Europa der Zukunft muss ein sozialdemokratisches sein.

res Europa, denn der Jugend gehört die Zukunft.

Im Laufe dieses Wahlkampfes haben sich die Freiheitlichen endgültig vom zivilisierten Wertekonsens verabschiedet. Die Hetze der Rechten, das Schüren von Antisemitismus und Antisemitismus, Hitlergrüße auf Kundgebungen der FPÖ und rechte Gewalt müssen ein für allemal auf der Müllkippe der Geschichte entsorgt werden. Der Kampf gegen

„Der Kampf gegen rechtsextreme Propaganda wird hart werden und er wird seine Zeit brauchen, aber er ist notwendig und er wird auch erfolgreich sein, denn das Europa der Rechten ist ein Europa der Vergangenheit.“

rechtsextreme Propaganda wird hart werden und er wird seine Zeit brauchen, aber er ist notwendig und er wird auch erfolgreich sein, denn das Europa der Rechten ist ein Europa der Vergangenheit. Ein Europa der 30er und 40er Jahre. Ein Europa des Hasses und der Gewalt. Das sozialdemokratische Europa steht für das genaue Gegenteil: Für faire Chancen, eine gerechte Verteilung des Wohlstandes und für ein Europa der Zukunft, in dem der Nationalismus endgültig der Vergangenheit angehört. Für mich ist es zum Glück selbstverständlich, dass ich Wienerin, Österreicherin und Europäerin bin.

Das ist unsere Vision, das ist unser Ziel.

Das Rennen am Sonntag wird knapp. Jede Stimme zählt, um unser Europa zu gestalten. Jeder ist gefordert, seinen Beitrag zu leisten, um selbst zur Wahl zu gehen und Freunde, Familie und Bekannte zu überzeugen, dass das Europa der Zukunft ein sozialdemokratisches sein muss. Für diesen Beitrag bedanke ich mich herzlich bei Dir. ♦

Deutliches Zeichen für neuen europäischen Kurs

Die Sozialdemokratie will gestärkt aus der Wahl zum Europäischen Parlament hervorgehen, um den europäischen BürgerInnen eine Stimme zu geben und sie den Wirtschaftslobbyisten zu nehmen.

Fotos: Lehmann (3), SPÖ (3)



SPÖ-EU-Spitzenkandidat Hannes Swoboda kämpft mit dem A-Team entschlossen für eine soziale EU und für strenge Regeln auf den Finanzmärkten.



„Ich fordere eine europaweite Transaktionssteuer, bei der ein fixer Prozentsatz für die Beschäftigung und Ausbildung von Jugendlichen ausgegeben werden soll.“

SPÖ-Spitzenkandidat Hannes Swoboda

Europa steht vor einer entscheidenden Wahl: Es geht um den politischen Kurs, der rund 500 Millionen EinwohnerInnen betrifft. Die Österreicherinnen und Österreicher haben am 7. Juni die Möglichkeit, ein deutliches Zeichen für einen neuen europäischen Kurs zu setzen.

Denn bisher standen weder die 500 Millionen Menschen im Mittelpunkt der europäischen Politik, noch deren Interessen. Bisher waren es die Interessen von Lobbyisten und Unternehmen, von denen sich die konservative Mehrheit in Europa leiten ließ. Für den Spitzenkandidaten der SPÖ für die EU-Wahl, Hannes Swoboda und „Das A-Team für Europa“ ist damit klar, dass gerade jetzt, nachdem der Neoliberalismus kläglich gescheitert ist, die Menschen, ihre Rechte und ihre Perspektiven Hauptaugenmerke der Politik sein müssen. Die Sozialdemokratie ist Garant für eine soziale EU-Politik, basierend auf jahrelanger Erfahrung im Europäischen Parlament.

Einnahmen durch Transaktionssteuer der Jugend geben

SPÖ-EU-Spitzenkandidat Hannes Swoboda ist bereits seit 1996 Mitglied des Europäischen Parlaments. „Aufgrund meiner langjährigen Tätigkeit habe ich die unglaublichen Wandlungen, der die EU in den letzten Jahren unterzogen wurde, hautnah miterlebt“, so Swoboda, der hier die EU-Erweiterung, die Einführung des Euros und vieles mehr anspricht. Besonderes Anliegen ist dem erfahrenen EU-Politiker die Jugend und die Wahrung ihrer Möglichkeiten und Perspektiven auf der einen Seite. Auf der anderen Seite tritt Swoboda massiv für

strengere Kontrollen auf den Finanzmärkten und härtere Regeln bei Spekulationen ein. Mit seiner Forderung schlägt er zwei Fliegen mit einer Klappe. „Eine europaweite Transaktionssteuer, bei der ein fixer Prozentsatz für die Beschäftigung und Ausbildung von Jugendlichen ausgegeben werden soll“, skizziert der SPÖ-Spitzenkandidat seinen Vorschlag. Bei einem Steuersatz von 0,05 Prozent würde man bereits rund 200 Milliarden Euro einnehmen. Ein fixer Prozentsatz davon soll nach Swoboda in den Ausbau von Infrastruktur und Energiegewinnung investiert werden. Aufträge sollen vorrangig an jene Unternehmen gehen,

gunstpolitik“, denn aufgrund der Wirtschaftskrise gibt es Probleme, die man nur gemeinsam lösen kann. Regner spricht sich für den Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping und für soziale Gerechtigkeit, die gerechte Verteilungspolitik erfordert, aus. Zudem braucht es in der EU dringend soziale Netze. Als konkrete Maßnahmen zur Linderung von sozialer Not und Armut fordert Regner die Erhöhung des Arbeitslosengeldes, wobei sie vor Nivellierungen nach unten warnt. Dafür müssen endlich soziale Mindeststandards festgelegt werden. Denn ein Grund für die Skepsis der Bevölkerung in Sachen

„Soziale Sicherheitsnetze sind in Zeiten der Krise wichtiger denn je.“
SPÖ-Kandidatin Evelyn Regner

unzähligen direkten Gesprächen mit den Menschen die Anliegen der SPÖ in der EU deutlich zu machen. „Wir wissen natürlich nicht, wie die Wahl ausgeht. Aber eines kann man jetzt schon sagen: Nach allen Umfragen ist die EU-Wahl ein offenes Kopf-an-Kopf-Rennen“, sagt SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter, der betonte, dass er optimistisch



SPÖ-EU-Kandidatin Evelyn Regner weiß, dass die Rechte der ArbeitnehmerInnen in der EU zu kurz kommen. Sie tritt zur Wahl an, um das zu ändern.

die bereit sind, besondere Programme für Jugendliche durchzuführen.

Europäische Beschäftigungspolitik

Evelyn Regner ist Listenzweite für die bevorstehende EU-Wahl und verfügt ebenso über einen umfangreichen Erfahrungsschatz. Als Leiterin des ÖGB-Büros in Brüssel vertritt sie seit Jahren die Interessen der europäischen ArbeitnehmerInnen und kann über harte Auseinandersetzungen mit dem Wirtschaftslobbyismus berichten. Daher weiß sie auch: „Es braucht eine europäische Beschäfti-

gungspolitik“, denn aufgrund der Wirtschaftskrise gibt es Probleme, die man nur gemeinsam lösen kann. Regner spricht sich für den Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping und für soziale Gerechtigkeit, die gerechte Verteilungspolitik erfordert, aus. Zudem braucht es in der EU dringend soziale Netze. Als konkrete Maßnahmen zur Linderung von sozialer Not und Armut fordert Regner die Erhöhung des Arbeitslosengeldes, wobei sie vor Nivellierungen nach unten warnt. Dafür müssen endlich soziale Mindeststandards festgelegt werden. Denn ein Grund für die Skepsis der Bevölkerung in Sachen

Wahlkampf – Endspurt

„Das A-Team für Europa“ ist viele Wochen lang durch Österreich getourt, um bei Wahlveranstaltungen, Betriebsbesuchen, durch Medienkontakte und vor allem in

ist, denn: „Wir haben das beste Team für Europa und unser A-Team wird von der gesamten Partei und den SPÖ-Organisationen mit viel Engagement unterstützt. Die Landesorganisationen mit ihren Großveranstaltungen, die Bezirke, in denen das A-Team zu Besuch war, die Jugend mit ihren großartigen ‘Euro-Talks’ und die PensionistInnen, die in allen Bereichen sehr aktiv waren – sie alle und noch viele mehr haben einen hervorragenden Wahlkampf geführt. Bei der Gelegenheit möchte ich mich bei den vielen MitarbeiterInnen, die hochmotiviert einen Beitrag geleistet haben, bedanken: Ihr alle seid ein tolles Team!“ ♦

SPÖ-Transparenz statt

CCE Consulting

Consulting Coaching Educating GmbH
Beteiligungsholding Strassers. Strasser ist
Alleineigentümer und Geschäftsführer.
2006: Bilanzgewinn
€ 244.216,- keine Dienstnehmer

Rail Holding

AG. Hans Peter Haselsteiner.
Strasser Aufsichtsrat

VCP - Vienna Capital Partners

AG. Strasser Mitglied
des Advisory Boards

BCD

Business Consulting &
Development GmbH, Wien

EXPERT

Managementberatung
Russia GmbH, Wien



ERNST STRASSER LOBBYING MASCHINE

geschätztes dzt. Einkommen: € 500.000,- pro Jahr

Group 4 Securicor

G4S Austria AG
Strasser Aufsichtsrat

KONTI Holding

GmbH. Wien, Moskau

Malik MZSG

Management Zentrum St. Gallen, Schweiz
Strasser Aufsichtsrat

Hochegger

Kommunikationsberatung GmbH
Strasser Mitglied des
Advisory Boards

“Da gibt es keinen Konnex zur Europäischen
Union. Ich habe das genau gescreent.
Das ist nicht der Fall. Und das
wird auch so bleiben.”

Ernst Strasser, ORF-Presserstunde
24.5.2009

ZSA Strategy Consultants

GmbH. Bis März 2009 "Eurocontact Consulting"

Hofherr Kommunikation

Agentur für Unternehmenskommunikation GmbH
Innsbruck, Wien, Bozen

CIN Consult

Corporate Information Network
Unternehmensberatung GmbH, Wien

Insiderschätzung:

Strassers dzt. Einkommen durch EU Lobbying zumindest verdoppelt auf ca.

€ 1.000.000,- pro Jahr

5 Jahre EU Parlament - 5 Mio. Euro

zusätzlich zum Abgeordnetengehalt im EP

ÖVP-Abkassieren

Der ÖVP-Spitzkandidat für die EU-Wahl lukriert nach Insiderschätzungen stattliche Summen durch seine Firmen-Beteiligungen und Lobbying. Im Gegensatz zur ÖVP hat das A-Team der SPÖ Transparenz groß geschrieben.



„Das A-Team für Europa“ steht im Gegensatz zum ÖVP-Spitzkandidaten für Transparenz und klare Regeln gegen Lobbying und mögliche Interessenskonflikte.

„Strasser hat sich als Lobbyist in eigener Sache entlarvt, der die Öffentlichkeit für dumm verkaufen möchte.“

**SPÖ-Bundesgeschäftsführer
Günther Kräuter**

Ernst Strasser ist an unzähligen Firmen beteiligt. Die SPÖ hat versucht, das Flechtwerk zu lichten und kommt zu dem Ergebnis, dass der

Spitzenkandidat der ÖVP in den 5 Jahren seiner Tätigkeit im EU-Parlament vermutlich 5 Mio. Euro wird gutschreiben können – nicht zuletzt aufgrund seiner Lobbyisten-Tätigkeit. Fakt ist, dass derzeit rund 15.000 Lobbyisten in Brüssel die Entscheidungen der EU beeinflussen. Ihre Deals laufen konspirativ hinter verschlossenen Türen, in Luxusrestaurants oder Clubs. Damit nicht genug: „Ausgerechnet mit Lobbyisten, gegen die Ermittlungen laufen, betreibt Ernst Strasser eine Agen-

„Es müssen endlich die Interessen der Menschen in den Mittelpunkt gerückt werden. Ob das gelingt, wird sich am 7. Juni entscheiden.“
SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter

tur“, ist im „profil“ vom 25. Mai zu lesen. Auch wenn Strasser behauptet, alle Beteiligungen, die nicht mit seinem EU-Mandat vereinbart sind, zurückgelegt zu haben, ist es Tatsache dass Ernst Strasser in Brüssel sein Firmen- und Beteiligungsnetzwerk weiter vergolden kann. Kräuter: „Die Darstellung, seine Funktionen und Beteiligungen in weltweit verzahnten Lobbyingagenturen und Firmenbeteiligungen hätten nichts mit der EU zu tun, spricht für sich selbst.“

SPÖ verpflichtet sich zu Lobbying-Transparenz

Im krassen Gegensatz zur ÖVP treten die EU-KandidatInnen der SPÖ für mehr Lobby-Transparenz ein. Für „Das A-Team für Europa“ war es daher selbstverständlich, die Kampagne der europäischen Allianz für Lobby-Transparenz und ethische Regeln zu unterstützen. ♦

EU-WAHLKAMPF

„Wählen gehen ist jetzt das Wichtigste!“

Für die SPÖ heißt es nun in der beginnenden Schlussphase des Wahlkampfes noch einmal alle Kräfte zu mobilisieren, damit die skrupellosen Spekulanten und Lobbyisten nicht das Sagen haben. „Die Voraussetzung dafür, dass sich etwas in der EU ändern kann, ist, dass möglichst viele Wählerinnen und Wähler die Gelegenheit nutzen, ihre Stimme abzugeben“, betont SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter.

Nach einer aktuellen OGM-Umfrage wird die Wahlbeteiligung möglicherweise noch geringer sein als schon

beim bisherigen Tiefststand von 2004. Und da betrug sie gerade einmal 42,43 Prozent.

Daher gilt es jetzt, bei der großen telefonischen Mobilisierungskampagne mitzumachen. Die letzten Tage vor der Wahl am Sonntag geht es darum, dass jede/r, die/der eine Veränderung der EU herbeiführen möchte, mindestens 10 wahrscheinliche SPÖ-WählerInnen, SympathisantInnen bzw. nahestehende Personen aus dem Bekanntenkreis anruft, und ihnen das Versprechen abnimmt, am 7. Juni mit Familie zur Wahl zu gehen.

INFO

Preise für die TeilnehmerInnen an der Mobilisierungskampagne

Wer 10 oder mehr Menschen überzeugt, wählen zu gehen, und sich per Mausklick anmeldet (www.spoe.at/euwahl), nimmt an einer Verlosung teil (Ziehung unter notarieller Aufsicht).

1. Preis: Drei Monate lang ein Gratisauto wahlweise „A-Team-Mini“ oder „A-Team-Smart“.

2. - 50. Preis: Thermenwochenende für 2 Personen in Radkersburg oder ein Wochenende in Wien im Gartenhotel Altmannsdorf jeweils mit einem Abendessen mit Bundeskanzler Werner Faymann und Hannes Swoboda.

Das A-Team ist erste Wahl

Das A-Team und der OÖ-EU-Kandidat Josef Weidenholzer stehen für soziales Gewissen und den unermüdlichen Kampf gegen Armut und soziale Ungerechtigkeit.



Der SPÖ-Europawahl-Kandidat Josef Weidenholzer ist ein glaubwürdiger, erfahrener Streiter für soziale Gerechtigkeit.

SPÖ mission und ein Erbe der schwarz-blauen Schlüssel-Ära.

Blecha: „Ändern ist das Gebot der Stunde“

Karl Blecha, Präsident des Pensionistenverbandes Österreichs und auch der Europäischen SeniorInnen-Organisation ESO, fand die passenden Worte für die Stimmung der Menschen gegenüber der EU: „Viele von uns ärgern sich über die vielen Enttäuschungen, die uns die EU bereitet hat. Aber ärgern nützt nichts – ändern ist das Gebot der Stunde.“ Auch Weidenholzer erkennt diese Probleme und wünscht sich einen längst überfälligen sozialen Kurswechsel in Europa. „Wenn sich nicht schnell etwas ändert, dann werden wir nicht mehr nur diskutieren, dass es keine Europäische Armutspolitik gibt, sondern wie wir mit sozialen Unruhen fertig werden. Die Menschen verlieren immer mehr ihr Vertrauen in die Institutionen, das ist für unsere Demokratie ein ganz gefährlicher Prozess. Darum trete ich dafür ein, die Sozialpolitik auf europäischer Ebene endlich in die politische ‘Champions League’ aufzunehmen, wo sie aufgrund ihrer Bedeutung schon lange hingehört.“ Angesichts der Finanzkrise, im Zuge derer immer mehr Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren oder sich mit Kurzarbeit konfrontiert sehen, ist für Weidenholzer eine europäische Sozialpolitik notwendiger denn je. Und natürlich gehört zu einer solchen auch der Einsatz zur Stärkung der ArbeitnehmerInnenrechte: „Eines meiner wichtigen Anliegen im EU-Parlament wird es sein, die Institution des europäischen Betriebsrats zu stärken. Gerade in Zeiten der Krise, in denen die Menschen zunehmend Angst um ihren Arbeitsplatz haben, brauchen wir solche Institutionen, die Vertrauen schaffen.“

Josef Weidenholzer verbindet als Vorstand des Instituts für Gesellschafts- und Sozialpolitik sowie als Volkshilfe-Präsident Sozialpolitik auf wissenschaftlicher und praktischer Ebene. Er ist der Richtige, um engagiert die Umgestaltung der Europäischen Union in eine Sozialunion voranzubringen. ♦

HINTERGRUND

Starke Unterstützung für Soziales und SeniorInnen

„Das A-Team für Europa“ und Josef Weidenholzer unterstützen die Forderungen der ESO (Europäische Senioren-Organisation):

1. Anerkennung der Leistungen der Älteren
2. Überwindung der Altersdiskriminierung
3. Förderung der Beschäftigung älterer Menschen
4. Kaufkraftsicherung der Pensionen
5. Keine Zwei-Klassen-Medizin
6. Hochwertige, leistbare Pflege
7. Besserer Zugang zu Wissen, Bildung, Weiterbildung und Kultur
8. Mehr Verbraucherschutz
9. Sicherung der Mobilität im Alter
10. Umfassende Armutsbekämpfung
11. Strategien für Wachstum Beschäftigung und Innovation
12. Eine europäische Finanzmarktaufsicht

„Unser Europa muss ein soziales Europa sein, sonst hat es keine Existenzberechtigung.“

SPÖ-EU-Kandidat Josef Weidenholzer

Europa entwickelte sich durch konservative Mehrheiten in die falsche Richtung. Gezeigt hat sich das durch Bürgerferne und Bürokratie, permanenten Sozialabbau mit Pensionskürzungen, Einschränkungen im Gesundheitsbereich oder das kritiklose Hinnehmen hoher Arbeitslosigkeit. Gegen diese Politik stemmt sich jede/r Einzelne im A-Team für Europa. Dem Volkshilfe-Präsidenten Josef Weidenholzer ist der Aufbau eines sozialen Europa natürlich eine ganz besondere Herzensangelegenheit. „Unser Europa muss ein soziales Europa sein, sonst hat es keine Existenzberechtigung. Die europäische Politik muss die Herzen der Menschen erreichen, sonst gerät das große Friedenswerk in ernsthafte Gefahr“, ist Weidenholzer besorgt. Vor allem die schleichende Rückkehr der Armut nach Österreich ärgert ihn besonders. Auch sie ist eine Auswirkung der sozial kalten Politik der EU-Kom-

SCHWERVERKEHR

Für mehr Fairness in der Verkehrspolitik

Ökologische und faire Verkehrspolitik und Tierschutz sind die zentralen Anliegen des steirischen EU-Abgeordneten Jörg Leichtfried.

Leichtfried hat im Verkehrsausschuss des europäischen Parlaments erfolgreich dafür gekämpft, die Folgekosten des Schwerverkehrs (Lärm, Staus, Unfälle, etc.) weg von den SteuerzahlerInnen und hin zu den Verursachern zu verschieben. Die Ziele sind eindeutig: eine Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene und die Möglichkeit für jeden Staat, effiziente Bemaatungssysteme einzuführen, um Fairness auch im Verkehr zu gewährleisten.

Um „mehr Fairness“ geht es dem Verkehrsexperten auch bei seiner Forderung nach einer Änderung des Mautsystems in unserem Nachbarland Slowenien. „Das derzeitige slowenische Mautsystem ist für alle VerkehrsteilnehmerInnen ungerecht und diskriminiert EU-BürgerInnen. Gerade für den Tourismus in Slowenien ist das eine Belastung“, so Leichtfried. Auf seinen Druck hin hat sich die EU-Kommission des

Problems bereits angenommen, muss aber noch deutlich nachlegen, um eine faire Lösung zu erreichen. „Sollte nun EU-Kommissar Tajani von Slowenien lediglich verlangen, den Preis für eine Wochenvignette von 15 auf 10 Euro zu senken, ist das noch bei weitem zu wenig. Der Preis muss weit niedriger sein, wenn man vergleicht, dass eine 10-Tages-Vignette in Österreich 7,70 Euro kostet. Mehr soll sie auch in Slowenien nicht kosten dürfen“, fordert Leichtfried. Der SPÖ-EU-Abgeordnete macht daher auch die Zustimmung zu einem neuen EU-Verkehrskommissar von einer nicht diskriminierenden Mautregelung in Slowenien abhängig.

Großes Engagement legt Leichtfried auch beim Tierschutz an den Tag. Uner-schrocken kämpft der Abgeordnete gegen die Gewinninteressen der Tierquäler, ob es nun Transporteure, Händler, Züchter oder die industrialisierte Landwirtschaft ist. ♦



SPÖ

Jörg Leichtfried

„Ich trete für ein Europa ein, das die Interessen der BürgerInnen vertritt. Daher verstehe ich meinen Auftrag als Abgeordneter im Europäischen Parlament einmal darin, Europa den Menschen näher zu bringen.“

Jörg Leichtfried

GESUNDHEIT

„Im Mittelpunkt muss immer der Mensch sein“

Eine vorausschauende Gesundheitspolitik, eine fortschrittliche Sozialpolitik und eine Gesellschaft mit fairen Chancen für alle – dafür tritt die SPÖ-EU-Kandidatin aus NÖ Karin Kadenbach ein.



Zimmer

Karin Kadenbach

Mir kommt es auf eine solidarische Gesellschaft an, in der Gesundheitsversorgung für alle leistbar ist, in der junge Menschen einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz finden, in der die Kinder optimal betreut werden kön-

nen, alte Menschen einen würdigen Lebensabend verbringen können und der Wohlstand zu einer gerechten Verteilung kommt“, skizziert Kadenbach ihre politische Motivation. Im Mittelpunkt aller Überlegungen haben die Menschen zu stehen. „Entscheidungen und Maßnahmen dürfen nicht nur nach wirtschaftlichen Kriterien gesetzt werden“, betont die SPÖ-Politikerin.

Die Europäische Union hat als größtes Friedensprojekt aller Zeiten längst ihren Platz in den Geschichtsbüchern gefunden. Jetzt muss aber ihre Weiterentwicklung mit aller Kraft vorangetrieben werden. „Sie muss sozialer und bürgernäher werden. Der Mensch muss mehr im Mittelpunkt ihrer Politik stehen und nicht irgendwelche „Märkte“,“ sieht Kadenbach den Punkt für einen Richtungswechsel gekommen. In

„Die Menschen haben im Mittelpunkt aller Überlegungen zu stehen – Entscheidungen und Maßnahmen dürfen nicht nur nach wirtschaftlichen Kriterien gesetzt werden.“

Karin Kadenbach

Europa hatten lange Wettbewerb und Liberalisierung Vorrang vor politischer Mitgestaltung und sozialen Zielen. „Die derzeitige Wirtschafts- und Finanzkrise zeigt uns aber deutlich, welchen Schaden diese Politik anrichten kann. Umso wichtiger ist es jetzt, gemeinsam ein sozial gerechtes Europa zu gestalten, in dem Beschäftigung und Chancengleichheit ins Zentrum der Politik rücken“, so die niederösterreichische EU-Kandidatin. ♦

FRAUEN

Christa Prets gibt Stoff für Chancengleichheit

Die burgenländische SPÖ-EU-Kandidatin Christa Prets setzt sich im EU-Parlament mit vollem Elan für die Themen Gleichberechtigung, Kultur und Jugend ein.

Die langjährige profilierte SPÖ-EU-Politikerin Christa Prets – sie ist seit 1999 Abgeordnete zum Europäischen Parlament – ist nicht nur im europäischen Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter („FEMM-Ausschuss“), sondern auch im Kulturausschuss des Europäischen Parlaments.

Christa Prets steht für eine Politik der Chancengleichheit. Schließlich dreht sich Gleichstellungspolitik nicht nur um die Gleichbehandlung im Job, sondern auch um Gleichstellung in allen Bereichen, die

„Die Pluralität der Kulturen ist nicht nur ein Zeichen des europäischen Reichtums, sondern auch ein wesentlicher Beitrag für den Frieden.“

Christa Prets

mit dem beruflichen Leben von Frauen zusammenhängen. Das beginnt für Prets schon beim Zugang zur Beschäftigung und bei der beruflichen Ausbildung. Hier möchte Prets auch in der kommenden Periode wichtige Akzente setzen. Prets vertritt auch im Bereich der Kultur klare Positionen: „Die Pluralität der Kulturen ist nicht nur ein Zeichen des europäischen Reichtums, sondern auch ein wesentlicher Beitrag für den Frieden.“ Minderheiten-, wie Randkulturen und stärker vertretene Kulturen sollen intensiver miteinander in Bezug gebracht werden, damit es nicht zu einem Kampf der Kulturen kommt, sondern der kulturelle Dialog das gegenseitige Verständnis im Interesse des Friedens fördert. Da nach Angaben der Vereinten Nationen jährlich ca. zwischen 700.000 und 4 Millionen Frauen, Männer und Kinder Opfer von Menschenhandel werden, versucht Prets auch dagegen zu mobilisieren. ◆



Zinner

Christa Prets kämpft für Chancengleichheit in Europa.

EU-HAUSHALT

Herbert Bösch: Voller Einsatz für transparente EU

Für eine Reform des Europäischen Rechnungshofes und mehr Transparenz in der EU-Verwaltung engagiert sich der Vorarlberger SPÖ-EU-Kandidat Herbert Bösch.



Der SPÖ-EU-Kandidat Herbert Bösch setzt sich in Europa für eine transparente EU ein.

SPÖ

Bereits Ende April stellte Herbert Bösch seine Broschüre „Contribution for a democratic Europe: Accountability as a major challenge for the EU“ vor. Darin berichtet er über seine Tätigkeit im Haushaltskontrollausschuss der Europäischen Union. Für ihn ist es wichtig, zu zeigen, dass die EU kein abstraktes und undurchdringliches Gebilde ist, sondern durch Maßnahmen für eine transparentere Verwaltung für die Menschen auch greifbar sein kann. Auch der EU-Rechnungshof muss reformiert werden. Das momentane System stammt immerhin noch aus der Zeit, als es sechs EWG-Staaten gab. Seit damals hat sich allerdings einiges in Europa verändert. Das Engagement des

„A-Teams für Europa“ für mehr Transparenz im Lobbyismusschmelge ist ebenso ein wichtiger Schritt für durchsichtige EU-Strukturen. Es spricht Bände, dass die anderen Parteien im Gegensatz zur SPÖ nicht daran dachten, sich unverzüglich der entsprechenden EU-weiten Initiative ALTER-EU anzuschließen.

Seit dem Beitritt Österreichs zur EU ist Herbert Bösch im Europäischen Parlament vertreten. Dort ist er als oberster Kontrolleur der EU-Finzen eine Kapazität. Sein Schwerpunkt liegt auf der Schaffung von mehr Transparenz für die Flüsse der EU-Gelder. Dafür garantiert er auch als Mitbegründer des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung OLAF (Office Européen de Lutte Anti-Fraude). ◆

BESCHÄFTIGUNG

Heidi Hirschbichler: Mit voller Power für die ArbeitnehmerInnen

Salzburgs EU-Spitzenkandidatin Heidi Hirschbichler kämpft für die Rechte der ArbeitnehmerInnen – und fordert Maßnahmen gegen das Steuerdumping.

Heidi Hirschbichler tritt seit ihrer Jugend mit ganzer Kraft für die Rechte der ArbeitnehmerInnen ein. Für die Landesgeschäftsführerin des ÖGB und Listen-Achte der SPÖ-EU-KandidatInnen ist eines ganz klar: „In der EU muss die Devise ‚Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort‘ gelten.“ Für Hirschbichler ist jetzt – nach dem Kollaps des Neoliberalismus – die Zeit für eine Trendwende gekommen, denn: „Das neoliberale Europa hat angesichts von Wirtschaftskrise und massiven Arbeitsplatzverlusten abgewirtschaftet“.

Rechte der ArbeitnehmerInnen

Im Fokus von Europa müssen auch die Rechte der ArbeitnehmerInnen stehen, so Hirschbichler, die auch die jüngsten Erfolge des EU-Parlaments betont. „Die Dienstleistungsrichtlinie oder die Arbeitszeitrichtlinie sind Beispiele für arbeitnehmerfreundliche Korrekturen durch das euro-



Heidi Hirschbichler

päische Parlament, nachdem die Kommission anfangs zum Teil extrem neoliberale Richtlinienentwürfe vorgelegt hat.“ Falls nämlich die Dienstleistungsrichtlinie im Kommissionsentwurf in Kraft getreten wäre, hätte jedes Handwerksunternehmen

SPÖ

„Europa muss seinen Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit und Zuversicht für die Zukunft geben. Wir SozialdemokratInnen wollen diesen Richtungswechsel in Europa!“

Heidi Hirschbichler

mit den Regeln aus seinem Heimatland in der gesamten EU tätig werden können. „Lohn- und Sozialdumping in Ländern mit relativ hohen sozialen und arbeitsrechtlichen Standards wären die Folge gewesen“, macht Hirschbichler deutlich. Die Salzburger EU-Kandidatin kämpft aber auch für eine Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung, um so einen Steuer- und Standortwettbewerb zulasten der ArbeitnehmerInnen zu verhindern. „Denn als überzeugte Gewerkschafterin und Sozialdemokratin ist es mir ein Anliegen, meinen Beitrag zu einem solidarischen und fairen Europa zu leisten“, so Hirschbichler. ♦

3. NR-PRÄSIDENT

Graf muss gehen!

Mit untragbaren Äußerungen hat sich der NR-Präsident der FPÖ für sein Amt disqualifiziert. Die SPÖ will eine Gesetzesänderung, die eine Abwahl Grafs möglich macht.

Die Methoden der rechts-rechten Verhetzung im EU-Wahlkampf der FPÖ finden in den verbalen Ausritten des FPÖ-Nationalratspräsidenten Martin Graf einen traurigen Höhepunkt. In der „Neuen freien Zeitung“ vom 21. Mai 2009 hat Graf über den Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde, Ariel Muzicant, gemeint, er sei der „Ziehvater des antifaschistischen Linksterrorismus“, hinter dem „gewalttätige Anarchisten-Banden“ stecken. „Einen Nationalratspräsidenten, der den Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde derartig diffamiert, dürfen wir nicht dulden“, betont der SPÖ-Spitzenkandidat für die EU-Wahl, Hannes Swoboda.

ÖVP blockiert Abwahl-Möglichkeit Grafs

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer hat umgehend eine Änderung der NR-Geschäftsordnung vorgeschlagen, die eine Abwahl Grafs ermöglicht. Und SPÖ-Klubchef Josef Cap hat einen SPÖ-Antrag, der eben dieses beinhaltet, der ÖVP vorgelegt. ÖVP-Klubchef Karlheinz Kopf erklärte allerdings einmal mehr, dass die ÖVP keine Abwahl aus politischen Gründen und keine Anlassgesetzgebung wolle. Bundeskanzler Werner Faymann bekräftigte allerdings am Freitag seine Forderung nach einem Rücktritt Grafs und betont: „Ich unterstütze daher auch den Antrag der SPÖ-Fraktion



Spöla

Strikt wendet sich SPÖ-EU-Spitzenkandidat Hannes Swoboda gegen die inakzeptablen Entgleisungen Grafs und fordert seinen Rücktritt.

vollinhaltlich und bin für eine Gesetzesänderung, die den ParlamentarierInnen die Abwahl eines Nationalratspräsidenten ermöglicht.“ ♦



Hannes Swoboda in Klagenfurt

Der Spitzenkandidat der SPÖ für die EU-Wahl besuchte letzte Woche die Kärntner Landeshauptstadt Klagenfurt. Bei seinem Spaziergang durch die Innenstadt signierte er Autogrammkarten und Fotos und tauschte sich mit den PassantInnen über die Zukunft Europas aus. Ein besonderes Anliegen war Swoboda, die Menschen zu überzeugen, zur Wahl zu gehen. Denn nur mit einer starken Sozialdemokratie kann ein soziales Europa aufgebaut werden.

Fotos: SPÖ



Kulturdebatte im Odeon-Theater

Zum Thema „Die Kultur eines sozial gerechten Europas“ diskutierten im Wiener Odeon-Theater die EU-KandidatInnen Hannes Swoboda und Christa Prets mit Erwin Piplits vom Serapions Theater, Rubina Möhring von der 3Sat Kulturzeit und Hilde Hawlicek, der ehemaligen Bundesministerin für Unterricht und Kunst.

Besuch des Spitzenkandidaten im Wiener Sozialmedizinischen Zentrum SMZ-Ost

Spitzenkandidat Hannes Swoboda besuchte das Sozialmedizinisches Zentrum Ost, das Donaupital und Geriatriezentrum Donaustadt. In Gesprächen mit MitarbeiterInnen und der Personalvertretung tauschte sich Swoboda zum Thema Gesundheitsvorsorge aus.



POLITISCHE BILDUNG

Den SchülerInnen Werte vermitteln

Mit einem Maßnahmenkatalog für mehr und bessere politische Bildung reagiert die SPÖ auf die untragbaren Vorfälle bei einer Gedenkveranstaltung in Ebensee.

Wir müssen den SchülerInnen Werte wie Toleranz, Menschlichkeit und Respekt vor anderen vermitteln“, betonte Bundeskanzler Werner Faymann bei der Vorstellung der Vorhaben. Zu Faschismus und der Herabwürdigung anderer darf nicht geschwiegen werden. „Wo wäre die Gesellschaft, wenn die einen das Aufhetzen steigern und die anderen schweigen?“, so Faymann. Die Antwort auf diese Frage gab er auch gleich selbst: Dann würden junge Menschen den Eindruck bekommen, dass es nicht so schlimm ist, wenn die FPÖ vor einem EU-Beitritt Israels warnt oder die freiheitliche Abgeordnete Susanne Winter über den Islam herzieht. „So einfach darf man es denen, die aufhetzen, nicht machen.“ Deshalb will man in den Schulen einen Schwerpunkt zur politischen Bildung setzen.

„Hinschauen statt wegschauen“

Präsentiert wurde der Katalog im Doku-



Bildungsministerin Claudia Schmied und Bundeskanzler Werner Faymann wollen mehr politische Bildung für die Jugend.

mentationsarchiv des Österreichischen Widerstands – „ein klares Statement und ein klares Symbol“, hielt Bildungsministerin Claudia Schmied fest. Konkret ist vorgesehen, ab dem Schuljahr 2009/2010 alle Pflichtschullehrer im Rahmen ihrer Ausbildung in politischer Bildung zu schulen. Auch wird es eine verpflichtende Fortbildung in diesem Bereich geben. In Berufsschulen sollen Zeitzeugengespräche verstärkt angeboten werden, außerdem richtete Schmied den Appell an die

LehrerInnen, dass jede/r Schüler/in zumindest einmal eine Gedenkstätte besuchen soll. Die Kooperation mit dem Mauthausen Komitee (MKÖ) soll forciert werden, außerdem wird man gemeinsam mit der Plattform „erinnern.at“ die Seminarangebote für LehrerInnen erweitern und ein Handbuch entwickeln. Auszeichnungen wie das Bundesehrenkreuz des Bildungsministeriums werden im Herbst mit dem Schwerpunkt Toleranz vergeben. Die Devise müsse jedenfalls lauten „Hinschauen statt wegschauen“, betont die Ministerin. ♦

„Wir müssen gegen Aussagen reagieren, die gegen Religionen und einzelne Gruppen von Menschen gerichtet sind. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, dass die Herabwürdigung von Religionen einfach zur Kenntnis genommen wird.“

Bundeskanzler Werner Faymann

ÖH-WAHL

VStÖ will starke linke Exekutive



Bei der Stimmauszählung kam es zu erheblichen Verzögerungen durch das E-voting.

Am Donnerstag schlossen die Wahllokale für die Wahl der Österreichischen Hochschüler-Ingenieurenschaft.

Nach dem vorläufig vorliegenden Ergebnis erreicht die rote Studentenvertretung VStÖ acht der 85 Mandate (minus drei). Da voraussichtlich drei der Fraktionen eine Koalition bilden müssen, kündigte VStÖ-Spitzenkandidatin Sophie Wollner an, sich an den Verhandlungen zu beteiligen. Sie wünscht sich eine „starke, kämpferische linke Exekutive“ und kann sich eine Koalition mit der GRAS gut vorstellen. Bei den Fachschaftlisten komme es auf die handelnden Personen an, der schwarzen Aktionsgemeinschaft erteilte Wollner eine klare Absage. Die Wahlbeteiligung erreichte mit 25,7 ein neues Tief, nur drei Prozent wählten elektronisch. ♦

Lehmann

SICHERHEIT

Verlängerung des Bundesheer-assistenzeinsatzes



BK Faymann besuchte die Soldaten des Assistenzeinsatzes an der Grenze im Burgenland.

APA Bundeskanzler Werner Faymann will den Assistenzeinsatz des Bundesheers an den Ostgrenzen verlängern.

Dies nannte er als einen von insgesamt drei Maßnahmen zur Bekämpfung der Kriminalität. Monatlich werden ca. 60 illegale Einwanderer durch das Bundesheer an den Grenzen aufgegriffen.

Weiters sprach der Kanzler das Problem steigender Kriminalität beim Treffen mit EU-Kommissar Barroso an. Dieser versprach Vorschläge seitens der EU-Kommission bis 10. Juni vorzubereiten. Dritte Maßnahme, so Faymann, sei die rasche Personalaufstockung bei der Exekutive. Verteidigungsminister Norbert Darabos und Innenministerin Fekter stimmten dem Kanzler zu. ♦



APA/Caro

Richtungsentscheidung für Europa

Europa ist eine faszinierende Idee von Frieden, Stabilität und sozialer Gerechtigkeit – doch Europa wird rechts regiert und es wird schlecht regiert. Das muss sich ändern.



Der SPÖ-Spitzenkandidat für die EU-Wahl, Hannes Swoboda, und PSE-Fraktionsvorsitzender Martin Schulz stellen die Gestaltung des sozialen Europas in den Mittelpunkt ihrer Politik.

„Die bestehenden sozialen Defizite der EU gilt es im kommenden Jahrzehnt zu korrigieren.“

Jahrzehntelang unterstützten die Menschen das europäische Projekt, weil wirtschaftlicher Wachstum und sozialer Fortschritt zwei Seiten der gleichen Medaille waren. Heute werden 19 von 27 Regierungschefs von Mitte-Rechts-Regierungen gestellt, die konservative und liberale KommissarInnen nach Brüssel entsenden. Statt sozialer Stabilität als Zielsetzung bestimmte in den letzten Jahren Deregulierung und Profitmehrung die Gestaltung des Binnenmarktes – jetzt ist die alte Waffen-gleichheit von Kapital und Arbeit im Binnenmarkt gefährdet. Als Folge wächst die soziale Ungleichheit, steigenden Gewinnen ste-

hen sinkende Reallöhne gegenüber. Die Menschen erwarten zu Recht, dass die EU sich nicht nur an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern ihre sozialen Rechte stärkt und aktiv Beschäftigung fördert. Die bestehenden sozialen Defizite der EU gilt es im kommenden Jahrzehnt zu korrigieren. Deshalb stellen wir, die europäischen SozialdemokratInnen, die Gestaltung des sozialen Europas in den Mittelpunkt unserer Politik.

Wir wollen ein europäisches Wirtschaftsmodell schaffen, das den Menschen, nicht den Markt, in den Mittelpunkt stellt. Ein funktionierender Binnenmarkt ist die Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung in Europa. Wirtschaftswachstum kann jedoch nicht Selbstzweck sein, sondern muss zum Wohlstand aller beitragen. Wir wollen, dass die Wirtschafts- und Wäh-

PSE rungsunion durch eine gleichrangige Sozialunion ergänzt wird, um den europäischen Binnenmarkt in eine politische und soziale Ordnung einzufassen. Dazu zählt für uns ein europäischer Pakt gegen Lohndumping und existenzsichernde Mindestlöhne. In ganz Europa muss der Grundsatz gelten: gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Die Rechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, und der Europäischen Betriebsräte müssen gestärkt werden, um die Einbindung von ArbeitnehmerInnen in Unternehmensentscheidungen sicherzustellen.

Jetzt, da die Menschen in ganz Europa mitten in der Wirtschaftskrise vor beispiellosen Herausforderungen stehen – einem Anstieg der Arbeitslosigkeit, einem Rückgang der Kaufkraft und einer Zunahme des Armutsrisikos –, brauchen wir eine starke gemeinsame europäische Politik und gezielte Investitionen zur nachhaltigen Förderung von Wachstum und Vorfahrt für Beschäftigung. In der Krise ist die Philosophie des Marktradikalismus endgültig gescheitert. Wir halten an unserer Forderung nach einer neuen europäischen und internationalen Finanzmarktarchitektur mit klaren Verkehrsregeln für alle Finanzakteure, mehr Transparenz und einer strengeren Aufsicht fest.

Bei der Europawahl am 7. Juni steht eine Richtungsentscheidung an. Welches Europa wollen wir? Das der freien Kapitalinteressen oder das der Sozialstaatlichkeit? Wir wollen die Wahl zu einem Signal des Aufbruchs für ein starkes und soziales Europa der Zukunft machen und das bedeutet Europa nach links zu schieben. ♦

Martin Schulz ist seit Mai 2004 Fraktionsvorsitzender der Europäischen SozialdemokratInnen (PSE) im Europäischen Parlament.

TERMINKALENDER

Mittwoch, 3. Juni

Diskussion: 20 Jahre Ende Eiserner Vorhang

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und das Ministerium für europäische und internationale Angelegenheiten laden zu einer Podiumsdiskussion zum Thema: „20 Jahre Ende Eiserner Vorhang. Was tragen die österreichischen Medien zur Nachbarschaft und zum Abbau der Mauer in den Köpfen bei?“ Es soll beleuchtet werden, inwieweit sich seit 1989 die Rolle der österreichischen Medien im Umgang mit den mittel- und osteuropäischen Staaten verändert hat. Die Diskussion findet im Rahmen der über das gesamte Jahr 2009 laufenden Initiative „Geteilt|Geeint. 1989-2009: Aufbruch in ein neues Europa“ des Außenministeriums statt. Peter Pelinka (Format) moderiert die hochkarätige Podiumsdiskussion mit Joana Radzyner (ORF, angefragt), Erhard Stackl (Der Standard), Burkhard Bischof (Die Presse) und Jana Patsch (Kurier). Der Botschafter und Leiter der Kulturpolitischen Kommission im Außenministerium, Emil Brix wird einführende Grußworte halten. Anmeldung unter:

veranstaltungen04@parlament.gv.at

Beginn: 16 Uhr

Palais Epstein

Schmerlingplatz 7

1010 Wien

Donnerstag, 4. Juni

PVÖ EU-Informationsveranstaltung „Fest für Europa“



SPÖ

PVÖ-Chef Karl Blecha

Der Wiener Pensionistenverband lädt zu einer Informationsveranstaltung mit Bürgermeister Michael Häupl, dem SPÖ-Spitzenkandidaten für die EU-Wahl, Hannes Swoboda, PVÖ-Präsident Karl Blecha und Finanzminister a.D. Rudolf Edlinger in die Wiener Stadthalle. Diese werden den Besuchern zu allen Fragen, die ihnen zur Euro-

päischen Union auf dem Herzen liegen, Gehör und Zeit zur Diskussion schenken. Für ein buntes Unterhaltungsprogramm wird der Schauspieler und Kabarettist Adi Hirschal mit seinem neuen Programm „Die ganze Welt ist Wien“ sorgen. Der Eintritt ist selbstverständlich frei. Die Moderation übernimmt Michael Schenk.

Beginn: 15 Uhr (Einlass: 14.30 Uhr)

Wiener Stadthalle (Halle F)

Vogelweidplatz 14

1150 Wien

Freitag, 5. Juni

Wahlkampffinale der SPÖ



Das A-Team für Europa

Die SPÖ-Kampagne für die Wahl des Europäischen Parlaments am 7. Juni geht in die Zielgerade. Dem A-Team für Europa ist es gelungen, die Themen dieses Wahlkampfes maßgeblich zu bestimmen. Auch im Finale soll noch einmal ein starkes Zeichen des Einsatzes und der Entschlossenheit der Sozialdemokratie gesetzt werden. Bundeskanzler Werner Faymann, Bürgermeister Michael Häupl, SPÖ-EU-Spitzenkandidat Hannes Swoboda und SPÖ-EU-Kandidatin Evelyn Regner werden ebenfalls vor Ort sein. Für die musikalische Untermalung sorgt Sandra Pires.

Anmeldung unter **direkt@spoe.at** oder unter der Telefonnummer 081 081 0211.

Beginn: 17.30 Uhr (Einlass: 17 Uhr)

Zelt vor SPÖ Bundesgeschäftsstelle

Löwelstraße 18

1014 Wien

Diskussion über Kriegsverbrechen und KindersoldatInnen

Die ega:frauen lädt zu einer Diskussionsveranstaltung über Kriegsverbrechen und KindersoldatInnen mit der Präsidentin des Sondergerichtshofs in Sierra Leone, Renate Winter. Winter wird über die Prozesse gegen Kriegsverbrecher in Afrika, die Folgen für die Zivilgesellschaft und die Konsequenzen für die Region und die AkteureInnen berichten.

Weitere Informationen unter:

www.ega.or.at

www.unifem.at

www.ngocongo.org

Beginn: 19 Uhr

ega:frauen im zentrum

Windmühlgasse 26

1060 Wien

Montag, 8. Juni 2009

Nach der Europawahl: Wird Europa sozialer?

Im Rahmen des Vranitzky-Kolloquiums findet am 8. Juni, am Montag nach der Europawahl, eine Diskussionsveranstaltung zum Thema: „Wird Europa sozialer?“ statt.

Key Note Speaker: Franz Vranitzky (Bundeskanzler a.D.). Eröffnet wird die Veranstaltung vom Gouverneur der Österreichischen Nationalbank, Ewald Nowotny. Danach analysiert der Politikberater Thomas Hofer das Ergebnis der Europawahl 2009. Im Anschluss findet eine Podiumsdiskussion zum Thema „Wird Europa sozialer?“ statt. Diskussions Teilnehmer: Elisabeth Grossmann (Europasprecherin, SPÖ), Herbert Krejci (Generalsekretär a.D., Industriellenvereinigung), Hans Rauscher (Kolumnist, „Der Standard“ & „Format“). Moderiert wird die Veranstaltung von Raphael Sternfeld.

Anmeldungen zum Symposium: WIWIPOL Arbeitsgemeinschaft für wissenschaftliche Wirtschaftspolitik Maria Theresien-Straße 24/4, 1010 Wien oder unter e-mail: **office@wiwipol.at**, Tel. 319 44 47. Eintritt frei.

Beginn: 10.30 Uhr

Im Kassensaal der

Österreichischen Nationalbank

Otto-Wagner-Platz 3

1090 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:

SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18

Chefin v. Dienst: Mag^a. Ute Pichler

Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald

Demmel, Daniela Fazekas, Alexander Lutz,

Martin Oppenauer, Peter Slawik,

Fabian Max Wallner, Sabine Weinberger

Layout: Thomas Lehmann, Bildredaktion:

Emil Goldberg, Coverfoto: Lehmann

Bildbearbeitung: Max Stohanzl,

Sekretariat: Michaela Pavelka,

Tel: 01/534 27/275, Verlag der SPÖ GmbH.,

1014 Wien, Löwelstraße 18

Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt

E-Mail: **spoe.aktuell@spoe.at**

Homepage: **www.spoe.at**

Ein guter Tag beginnt mit einem sanierten Budget.

KARL-HEINZ GRASSER

Nationalrat, 18. 10. 2000

Wie viel

profil

hat Ihre
Meinung?

MAGAZIN DES JAHRES 2008

JOURNALIST DES JAHRES 2008

Erhoben von „Der Journalist“ unter allen Printredaktionen.

www.profil.at abo service: 01/95 55-100